

Essay

Zur Wiederentdeckung militärischer Gewalt

Überlegungen zur Rückkehr des Krieges auf dem europäischen Kontinent im 21. Jahrhundert



FRANZ KERNIC,
Militärakademie an der ETH Zürich

Abstract

The War in Ukraine calls for a new analysis of the status, function and socio-political significance of the military in the 21st century. Do new wars and armed conflicts around the globe testify to a return of military force in international relations and global society? What are the practical political and societal consequences of the return of war and the re-discovery of military force? This essay examines the relationship between modern/postmodern society and the military. It criticizes the naivety of the traditional sociological theorem of a general incompatibility between modern (industrial) society

and the military organization and use of force. It argues that it is time to acknowledge the political and societal consequences of a close link between modernity/postmodernity, globalization and military violence. New challenges and risks are the result of peace euphoria and a strong belief in the concept of rational security policy in the liberal democracies in Europe since the end of the Cold War. The European Union and Switzerland must face up to these new challenges and dangers and reposition themselves in terms of security policy and civil-military relations.



DR. HABIL. FRANZ KERNIC studierte Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaften in Österreich und Deutschland und habilitierte sich an der Universität Innsbruck (Politikwissenschaft) sowie an der Universität der Bundeswehr in München (Soziologie). Zuletzt war er von 2013 bis zur Pensionierung im Mai 2022 als Dozent für Führung und Kommunikation an der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich tätig.

E-Mail: kernic@hotmail.com

Einführung

Der Angriff der russischen Streitkräfte gegen die Ukraine im Februar 2022 lenkt unsere Aufmerksamkeit – nach einer langen Friedensperiode auf dem europäischen Kontinent – erneut auf Fragen nach der gesellschaftlichen und politischen Stellung sowie Funktion und Dynamik militärischer Gewalt. Erleben wir heute eine Renaissance des Krieges und eine Rückkehr traditioneller machtpolitischer und militärischer Handlungsmuster in der vernetzten Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts? Was bedeutet die Rede von einer «Zeitenwende» in der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik, deren Anbruch nun vielerorts in Europa verkündet wird? Steuern wir vielleicht sogar in Richtung auf eine neue Rüstungs- und Gewaltspirale, die im Wege unterschiedlicher Eskalationsstufen soziale und politische Konflikte befeuert und dabei die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt – auch auf europäischem Boden – mit einschliesst?

Die Aktualität und Dringlichkeit derartiger Fragen verweist darauf, dass die in den letzten Jahrzehnten in den liberalen Demokratien gesellschaftlich fest verwurzelten Friedenshoffnungen ein abruptes Ende gefunden haben. Der Ausbruch eines neuen Krieges in Europa hat zu einer Desillusionierung hinsichtlich der Bedingungen und Möglichkeiten der Etablierung einer dauerhaften Friedensordnung auf globaler und regionaler Ebene geführt. Vor allem die Idee einer allgemeinen Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen steht gegenwärtig auf dem Prüfstand, ebenso zahlreiche sicherheitspolitische Überzeugungen und Leitbilder (z. B. Multilateralismus; strukturelle Nichtangriffsfähigkeit; alternative, nicht-militärische Modelle einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik).

«Der Ausbruch eines neuen Krieges in Europa hat zu einer Desillusionierung hinsichtlich der Bedingungen und Möglichkeiten der Etablierung einer dauerhaften Friedensordnung auf globaler und regionaler Ebene geführt. Vor allem die Idee einer allgemeinen Gewaltfreiheit in den internationalen Beziehungen steht gegenwärtig auf dem Prüfstand, ebenso zahlreiche sicherheitspolitische Überzeugungen und Leitbilder.»

Die Wiederkehr des Krieges und die Anwendung militärischer Gewalt im politischen Handeln korrespondieren mit neuen Problemen auf theoretischer Ebene: Besiegelt der Ukraine-Krieg das Ende all jener Gesellschaftstheorien, die von einer strukturellen Unvereinbarkeit kriegerischer Gewalt und moderner Gesellschaft ausgehen – dies häufig gepaart mit der Vorhersage eines schrittweisen Absterbens des Krieges als Mittel der Politik und einer umfassenden Reduktion der nationalen Streitkräfte und militärischen Gewaltmittel? Ist es nicht vielmehr an der Zeit, endlich den der Moderne/Spätmoderne und der heutigen vernetzten Weltgesellschaft innewohnenden Gewaltcharakter einzugestehen und auf die enge Verknüpfung von moderner/spätmoderner Gesellschaft und militärischer Gewalt hinzuweisen?¹

In diesem Essay möchte ich diese Fragen näher erörtern und mögliche Konsequenzen für die Schweiz skizzieren, insbesondere im Blick auf die zukünftige Ausrichtung der Schweizer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Als Ausgangspunkt für meine Überlegungen nehme ich jene sozialwissenschaftlichen Theorien, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts – wenngleich in unterschiedlichen Ausprägungen – die Annahme einer Inkompatibilität von militärischer Gewalt und moderner Gesellschaft begründen. Dieses Theorem wird mit Blick auf die aktuelle politische und gesellschaftliche Situation und den Ausbruch kriegerischer Handlungen auf dem europäischen Kontinent neu diskutiert. Im Zentrum steht dabei das Thema der strukturellen Vereinbarkeit und Interdependenz militärischer/kriegerischer Gewalt und Moderne/Spätmoderne. Dies zieht die Frage nach sich, welche zentralen Funktionen und Aufgaben das Militär in unserer globalisierten und vernetzten Welt wahrnimmt und wie die militärische Gewalt ins demokratische Gesellschaftssystem integriert ist. Dabei soll der Zusammenhang zwischen Globalisierungsprozessen und dem aktuellen Struktur- und Funktionswandel des Militärs näher in den Blick genommen werden. Von hier aus vermag letztendlich der Versuch unternommen werden, die besonderen Risiken und Gefahrenmomente unserer Zeit, die aus den gesellschaftlichen Transformationsprozessen und dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine resultieren, in ihrer Bedeutung für Politik und Gesellschaft im 21. Jahrhundert zu analysieren. Aus dieser vorrangig gesellschaftstheoretischen Analyse sollen schlussendlich mögliche Konsequenzen für die

zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweiz abgeleitet werden.

Spätmoderne und militärische Gewalt

In der Gründungsphase der Soziologie als moderne Wissenschaft im späten 19. Jahrhundert finden sich zahlreiche Belege für eine Verbreitung der Annahme, dass Krieg und moderne Industriegesellschaft im Grunde unvereinbar seien und es deshalb in absehbarer Zeit zu einem Absterben des Militärs und einem Ende kriegerischer Auseinandersetzungen kommen würde. Dieses «Inkompatibilitätstheorem» wurde zwar durch die beiden Weltkriege aufs heftigste erschüttert, verblieb aber trotz aller Einwände ein zentrales Thema in den soziologischen Gesellschaftstheorien. In unterschiedlich modifizierten Formen spielt es bis in die Gegenwart eine bedeutsame Rolle. Diese zeigt sich zum einen dort, wo auf das nukleare Zeitalter verwiesen wird. Dabei wird argumentiert, dass der Krieg zwischen den Grossmächten und Bündnissystemen aufgrund der Gefahr einer Eskalation bis hin zum Einsatz atomarer Waffen seine Funktion als Mittel der Politik zur Durchsetzung politischer Interessen verloren habe, weil ein solcher Einsatz militärischer Gewalt stets mit der Gefahr totaler Vernichtung verbunden wäre. Zum anderen erfreut sich dieses Theorem vor allem durch eine Verknüpfung mit der Annahme eines allgemeinen Siegeszuges liberaler Demokratien besonderer Popularität. Im Zentrum steht dabei die Überzeugung, dass Demokratien – zumindest im Umgang mit anderen Demokratien – strukturell zu einer friedlichen Konfliktaustragung neigen. Militärische Gewaltanwendung wird solcherart hinfällig und ist bestenfalls als «Ultima Ratio» zur Selbstverteidigung im Falle eines militärischen Angriffs erforderlich. Doch die Hoffnungen auf einen globalen Siegeszug der liberalen Demokratie scheinen überzogen. Auch wenn sich Umfang, Struktur und Funktion von Streitkräften un-

«Doch die Hoffnungen auf einen globalen Siegeszug der liberalen Demokratie scheinen überzogen. Auch wenn sich Umfang, Struktur und die Funktion von Streitkräften unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges radikal veränderten, so führte der Weg einer teilweisen Entmilitarisierung der Gesellschaften keineswegs schnurgerade in ein friedvolles Zeitalter, zu einem gewaltfreien politischen Zusammenspiel einer Vielzahl «feindloser» Demokratien.»

mittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges radikal veränderten, so führte der Weg einer teilweisen Entmilitarisierung der Gesellschaften keineswegs schnurgerade in ein friedvolles Zeitalter, zu einem gewaltfreien politischen Zusammenspiel einer Vielzahl «feindloser» Demokratien.

Spätestens mit 9/11, dem Krieg gegen den Terror und dem Ausbruch neuer kriegerischer Auseinandersetzungen in verschiedenen Regionen wurden erste Zweifel an der Annahme vom bevorstehenden Ausbrechen aus der Spirale kriegerischer Gewalt in der spät- oder postmodernen Gesellschaft laut. Lediglich auf dem europäischen Kontinent konnte sich der Glaube an eine generelle (gesellschaftliche) Abkehr von der militärischen Gewalt weiter festigen. Befeuert durch das «Friedens-

projekt Europa» und die Demokratisierungsprozesse im Osten des Kontinents verschwanden Existenz und Potential militärischer Gewalt zunehmend aus dem Blickfeld politischen Kalküls und Handelns.

Die Friedens- und Gewaltfreiheitsannahmen der liberalen Demokratien werden heute radikal in Frage gestellt. Das Thema militärische Gewalt ist plötzlich wieder in aller Munde. Dies ist besonders schmerzhaft, weil das lange vorherrschende militärkritische Denken als naiver Glaube enttarnt ist. Noch unangenehmer aber ist das Eingeständnis, dass in den autoritäreren Gesellschaftssystemen – im Gegensatz zu den liberalen Demokratien – das Potential des Militärs zur äusseren und inneren Absicherung gesellschaftlicher

Kräfte- und Herrschaftsverhältnisse nie wirklich aus dem Blickfeld politischen und strategischen Denkens verschwunden ist. Doch was sind die unmittelbaren Konsequenzen einer derartigen Wiederentdeckung militärischer Gewalt in den liberalen Demokratien Europas? Wird durch die Ereignisse in der Ukraine plötzlich unser Blick für die Wahrnehmung eines allgemeinen Bedeutungsgewinns und Funktionszuwachs

militärischer Gewalt in der Weltgesellschaft geschärft? Erfüllt das Militär heute im Grunde nicht sogar viel mehr Aufgaben und gesellschaftliche Funktionen als früher (z. B. Peacekeeping, polizeiähnliche Aufgaben auf internationaler wie nationaler Ebene, territorialer Grenzschutz und Grenzkontrolle – vor allem bei Gesellschaften mit hoher Migration –, Katastrophenhilfe, Hilfeleistungen in Krisenfällen, Umweltschutzaktivitäten etc.)? Haben wir in den letzten Jahrzehnten nicht die eigentliche Primärfunktion des Militärs, die Vorbereitung und Führung von Kriegen, nahezu völlig unter den Teppich gekehrt, weil wir eine Rückkehr des Krieges auf dem europäischen Kontinent für unmöglich gehalten haben?

Durch die Konzentration auf die Erfüllung von Sekundärfunktionen von Streitkräften erschien die militärische Gewalt eingegrenzt, politisch wie gesellschaftlich kontrolliert und «zivilisiert». Die zentrale Rechtfertigung des Militärs erfolgte in den letzten Jahrzehnten vorrangig durch den Verweis auf gesellschaftliche Leistungen nichtmilitärischer Natur. Der Glaube, dass damit zugleich der Krieg verschwinde, erweist sich heute als naiv. Es ist deshalb an der Zeit, den Gewaltcharakter moderner Gesellschaften ohne Einschränkung anzuerkennen. Es gilt, die Möglichkeiten und Gefahren militärischer Gewalt erneut ins politische Denken und Kalkül aufzunehmen, ebenso wie in unsere sicherheits- und verteidigungspolitischen Analysen und Leitkonzeptionen. Kriege sollten ab sofort wieder als solche bezeichnet werden dürfen. Begriffe wie Spezialoperation, militärische Intervention aus humanitären Gründen oder Friedenseinsatz zur Prävention von Flächenbränden dienen lediglich der Verschleierung militärischer Gewaltanwendung in der Praxis politischen Handelns.

Neue Funktionen für das Militär?

In einer Vielzahl moderner Gesellschaftstheorien wird die Stellung und Funktion des Militärs innerhalb eines Gesellschaftssystems primär durch einen Verweis auf dessen Funktionen und Aufgaben bestimmt. Zweifellos wurde das neuzeitliche Militär als staatliches Gewaltmonopol konzipiert, dem die Funktion der Sicherung der territorialen Integrität des Staates gegenüber Bedrohungen von aussen (Verteidigung) und fallweise auch der Kriegsführung im Hinblick auf den Umgang mit anderen Staaten (Angriff) übertragen wurde. Die traditionelle Scheidung von Innen/Aussen des Staates



Jeder Krieg setzt zunächst die Existenz von mindestens zwei Parteien voraus, die sich gegenseitig anerkennen. Das Ziel des Krieges ist aber die Schaffung einer Totalität, die Maximierung der eigenen Grösse bei gleichzeitiger Unterwerfung und Vernichtung des Gegners. Die Grafik stellt eine allegorische Darstellung des Krieges dar. Es ist eine Federzeichnung auf Papier, die Christoph Murer (1558–1614) zugeschrieben wird. Sie entstand um 1600 und ist im Besitz des Schweizerischen Nationalmuseums (LM-24719).

hat diesbezüglich eine Aufgabenteilung zwischen der Polizei und dem Militär bewirkt. Vor allem im späten 20. Jahrhundert wurde die von den Streitkräften zu erbringende Sicherheitsleistung als eine ganz spezifische «Produktivität» der Institution Militär gedeutet. Ein solches Denken machte zugleich den jeweiligen Grad an staatlicher Sicherheit im Wesentlichen zu einem «Produkt», das sich aus der Summe sämtlicher sicherheitspolitischer (inklusive militärischer) Aktivitäten eines Staates ergab. Vorbereitungen für einen Krieg sowie für einen tatsächlichen Einsatz militärischer Gewalt wurden dabei in das Konzept einer rationalen Sicherheitspolitik integriert, in dem die ursprüngliche Primärfunktion des Militärs nahezu völlig aus dem Blickfeld verschwand. Die Funktion der Friedenssicherung mit militärischen Mitteln erlangte oberste Priorität.

In der Militärsoziologie wurde schon sehr früh darauf hingewiesen, dass vom Militär in den westlichen liberalen Demokratien schrittweise immer mehr «Symbolfunktionen» übernommen werden. Dies trifft zum einen auf politische Bestrebungen zu, die Streitkräfte zunehmend als «Friedensinstrument» im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern (Armee als Symbol für

Frieden, Freiheit und Sicherheit). Zum anderen zeigt sich ein solcher Trend auch bei der Verknüpfung des Militärs mit Prozessen einer neuen politischen Identitätsbildung. Dies lässt sich in Europa gut am Beispiel der europäischen Integration beobachten. Mit dem Wandel des Nationalstaatensystems in der Weltgesellschaft begann sich vielerorts die militärische Gewalt schrittweise aus dem nationalstaatlichen Kontext zu lösen. Auch wenn die nationalstaatliche Ausrichtung weiterhin dominant blieb, so entwickelte sich zumindest parallel dazu eine supra- und transnationale Integrations- und Symbolfunktion der Streitkräfte in Anknüpfung an sich neu herausbildende politische Einheiten und Identitäten. Eine solche neue Bezugsachse jenseits des Nationalstaates zeigt sich beispielsweise in der Ausformulierung von Leitbildern einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsidentität, einer Euro-Armee oder einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auch die Aufstellung sogenannter gemischter Verbände und multinationaler Korps darf als Ausdruck einer Verschiebung in der politischen Einordnung der Militärs im Rahmen einer globalisierenden Weltgesellschaft interpretiert werden.

Gleichzeitig kann mit Blick auf die gesellschaftlichen Transformationsprozesse im Europa des 21. Jahrhunderts konstatiert werden, dass die militärische Gewalt in den liberalen Demokratien niemals völlig verschwunden ist. Es wurde lediglich neuen, nicht-kriegerischen Aufgaben grösseres Gewicht zugesprochen. Zudem erlangten militärische Paktsysteme, Bündnisse oder Koalitionen (und sei es auch bloss eine sogenannte Koalition von Willigen jenseits nationalstaatlicher Grenzen) im Kontext weltgesellschaftlicher Transformation und europäischer Integration eine grössere gesellschafts- und sicherheitspolitische Bedeutung. Andererseits leisteten sie zugleich einen Beitrag zu einer teilweisen Erosion traditioneller staatlicher Gewaltmonopole.

Globalisierung und militärische Gewalt

Im Wesentlichen könnte Globalisierung auch als ein «Ende der Distanz» bzw. Reduktion von Möglichkeiten einer Distanzierung bzw. Abkoppelung verstanden werden. Die moderne Gesellschaft von heute darf deshalb mit Recht als eine «Risikogesellschaft» (Ulrich Beck) bezeichnet werden, in der Unsicherheitsmomente eine tragende Rolle spielen. Auch Kriege sind seit jeher als

Unsicherheitsmomente höchsten Grades zu begreifen, in denen die sich entfaltende Dynamik militärischer Gewalt nicht mit absoluter Gewissheit vorhergesagt werden kann. Die gesellschaftliche Entwicklung hin zu einem hohen Grad an Unbestimmtheit und mangelnder Vorhersehbarkeit ist zweifellos auch von entscheidender Bedeutung für die Rolle und Funktion der Streitkräfte. Risiken, Gefahren und Bedrohungen erlangen zunehmend globalen Charakter. Lokale oder regionale Ereignisse können aufgrund der gesellschaftlichen Vernetzung und ökonomischer Interdependenzen und durch die von den neuen Kommunikationsmitteln hergestellte räumlich-zeitliche Nähe innerhalb von kürzester Zeit in globale Ereignisse verwandelt werden. Ebenso liegt in lokalen oder regionalen bewaffneten Konflikten in der heutigen Weltgesellschaft immer auch die Gefahr, sich innerhalb nur weniger Momente zu einem Konflikt globaler Dimension zu wandeln.

Natürlich muss in diesem Zusammenhang die andere Seite der Globalisierung in die Analyse miteinbezogen werden: Prozesse einer Fragmentarisierung, Regionalisierung und Lokalisierung. Sichtbar werden solche Prozesse beispielsweise bei regionalen Sicherheitsbestrebungen oder bei der Entstehung neuer regionaler (und teilweise transnationaler) Zusammenschlüsse von Streitkräften oder militärähnlichen Gruppierungen und Organisationen (z. B. Verbände von Warlords; private Sicherheitsverbände, Milizen etc.).

Doch noch ein weiterer Aspekt verdient Beachtung: Globalisierungsprozesse bewirken eine «Allgegenwärtigkeit militärischer Gewalt» in der Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Dies ist selbst dort der Fall, wo dieses Phänomen in Abrede gestellt und auf einen allgemeinen Friedenszustand (verstanden lediglich als Abwesenheit kriegerischer Handlungen) verwiesen wird. Mit dem Begriff «Allgegenwart» wird auf die Unmöglichkeit der Distanzierung gegenüber Androhungen und Anwendungen militärischer Gewalt im Allgemeinen Bezug genommen. Gemeint ist damit die Unmöglichkeit einer scharfen Trennung von Militär und Nicht-Militär, von Soldat/in und Zivilist/in, von Kombattant/in und Nichtkombattant/in in einer globalen und umfassend vernetzten Gesellschaft. Eine solche Allgegenwart militärischer Gewalt wurde bereits im Kalten Krieges beklagt, insbesondere im Hinblick auf das Damoklesschwert einer totalen nuklearen Ver-

nichtung. Sie resultiert aber ebenso aus der Auflösung traditioneller Grenzziehungen und Monopolisierungen bei gleichzeitiger Ermöglichung eines Einsatzes militärischer Mittel – von den Nuklearwaffen bis hin zum ganzen Spektrum an biologischen und chemischen Kampfmitteln – mit globalen Auswirkungen selbst durch nichtstaatliche Akteure und kleine soziale Gruppen (Netzwerke).

Ein besonderes Gefahrenpotential im Hinblick auf die Dynamiken militärischer Gewalt liegt darin, dass die nationalstaatliche Monopolisierung immer stärker aufgeweicht und organisierte kollektive Gewaltanwendung – auf lokaler, regionaler wie globaler Ebene – im Prinzip für jeden möglich wird, auch wenn sich ein solches Gewalthandeln ausserhalb der traditionellen begrifflichen Bestimmung von Krieg und Militär (mit einer engen Anbindung an den Staat) bewegt. Ein prinzipiell offener Zugang zu militärischen Gewaltmitteln auf dem freien Weltmarkt macht dies möglich.

Neue Erfordernisse politischer Steuerung

Aufgrund dieser gesellschaftlichen Entwicklung verwundert es nicht, dass im Angesicht des Krieges ein besonderes Bedürfnis nach einem spezifischen Handlungsbedarf der Politik entsteht. Das Erfordernis politischer Steuerung wird aktuell klar zur Sprache gebracht. Ebenso zeigt sich ein wiedererwachtes öffentliches Bedürfnis nach Schaffung neuer politischer Ordnungsrahmen mit effizient arbeitenden Institutionen eines Krisen- und Konfliktmanagements. Zudem gewinnt die Idee der internationalen Sicherheit an Bedeutung, wobei ein Gefühl von Angst und Betroffenheit plötzlich Rufe nach militärischer Aufrüstung und Stärke erklingen lässt.

«Die Bedrohungen durch den Krieg und die vorhandenen militärischen Potentiale erscheinen plötzlich nicht mehr nur an bestimmte, weit entfernte Schlachtfelder oder Kriegsgebiete gebunden, sondern ganz Europa ergreift das Gefühl unmittelbarer Nähe und Eingebundenheit in das Kampfgeschehen.»

Insgesamt legt der Ukraine-Krieg aktuell ein längst bekanntes doppeltes Risiko der europäischen Staatenwelt und der europäischen Gesellschaften offen: Einerseits ist es gar nicht mehr möglich, eine wirkliche Distanz zur militärischen Gewalt und zum Krieg zu wahren, d. h. die unterschiedlichsten Atomwaffenarsenale oder militärischen Waffen haben die Menschen in ganz Europa schon längst erfasst, ohne dass sie sich vielleicht dessen bewusst sind (ich bin zwar nicht im Visier derartiger Waffen, aber ich befinde mich doch stets bereits in ihrem möglichen Wirkungsbereich). Die Bedrohungen durch den Krieg und die vorhandenen militärischen Potentiale erscheinen plötzlich nicht mehr nur an bestimmte, weit entfernte Schlachtfelder oder Kriegsgebiete gebunden, sondern ganz Europa ergreift das Gefühl unmittelbarer Nähe und Eingebundenheit in das Kampfgeschehen. Schlussendlich wirft dies die Frage auf, ob nicht die Wiederentdeckung des Krieges und die Dynamik militärischer Gewalt in unserer Nachbarschaft ebenso eine Rückkehr zu traditionellen militärischen Denkformen mit einer binären Feind/Freund-Scheidung und einem Sieg/Niederlage-Code bei uns selbst in die Wege leitet, d. h. ein kriegerisch-militärisches Denken zum Tragen kommt.

Ausserdem zeigt sich durch das Zusammenrücken der Menschen und die Interdependenzen in sämtlichen Gesellschaftsbereichen eine neue gesellschaftliche Totalität. In dieser vermag die vorhandene militärische Gewalt eine Dynamik zu entfalten und an Prozessen zur Etablierung neuer (politischer wie gesellschaftlicher) Differenzen, Unterschiede und Grenzen mitzuwirken (Spaltungstendenzen). Der Konstruktion und Neukonstitution eines Feindes ist weder innerhalb eines Imperiums oder absolutistischen Weltstaates noch in einer vollkommen vernetzten und interdependenten Weltgesellschaft eine Grenze gesetzt. Das Militär vermag stets die Funktion neuer Grenzziehung zu vollziehen. Kriege und bewaffnete Konflikte waren immer schon zugleich Prozesse einer Verschiebung von nationalen, kulturellen und sozialen Grenzlinien. Die kriegerische Gewalt vermag auch in der Spätmoderne derartige Funktionen wahrzunehmen.

Spezifische Gefahrenmomente

Friedenshoffnungen begründen den Wunsch nach Herstellung einer Einheit und Totalität (z. B. als Weltstaat oder

Imperium). Ein solches Streben findet sich in liberalen Demokratien wie in autoritären politischen Systemen. Während autoritäre Regime sich primär auf ihre wirtschaftliche, politische und militärische Stärke verlassen, wurde in den liberal-demokratischen Gesellschaften die Friedenshoffnung in besonderer Weise durch die Annahme einer strukturellen Kriegsunfähigkeit moderner Gesellschaften begründet. Diese besagt, dass die Interdependenz zwischen potentiellen Kriegsparteien viel zu gross sei und ein Krieg nur mehr die Zerstörung beider Parteien mit sich bringen würde. Dieses Denken ist höchst problematisch. Es übersieht, dass sich bestimmte politische Akteure durch einen – zumeist als begrenzt konzipierten – Einsatz militärischer Gewalt sehr wohl Gewinne und Vorteile erhoffen und sich deshalb unabhängig bestehender Interdependenzen zu einem Gewalthandeln entscheiden. Soziale, politische und ökonomische Verflechtungen sind nicht per se bereits ausreichende und verlässliche Instrumente einer Gewaltprävention und Kriegsverhinderung.

Ein weiteres Gefahrenpotential liegt in dem Glauben an den praktischen Erfolg rationaler Risikoanalyse und Sicherheitspolitik. Doch hier gibt es einen gewichtigen Einwand: Liegt nicht ein Trugschluss moderner, rationaler Sicherheitspolitik darin, dass sie sich ausschliesslich auf ein Kosten-Nutzen-Kalkül sowie Ursache-Wirkung-Schema abstützt, dabei jedoch irrationale Komponenten im menschlichen Handeln völlig ausblendet? Und wie steht es um die Ungewissheiten und Risiken, die den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen und Transformationsprozessen innewohnen? Lassen sich überhaupt verlässliche Kosten-Nutzen-Kalküle und Prognosen erstellen?

In Umbruchszeiten kommt stets ein extremes Sicherheitsbedürfnis moderner Gesellschaften zum Ausdruck. Ausgerechnet im Militär wird ein Garant für Stabilität und Sicherheit erblickt. Die Institution Militär vermag deshalb in Krisen als Leitidee für Stabilität, Ordnung und Sicherheit zu wirken. Jedoch wird dabei übersehen, dass der militärischen Gewalt selbst immer ein wesentliches Moment an Unsicherheit innewohnt. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die militärische Organisation permanent in ihrem Ausrüstungsstand hinter der allgemeinen technischen und technologischen Entwicklung herhinkt. Selbst die Einführung neuer Waffensysteme – im gleichen Masse

wie die Implementierung neuer strategischer Konzeptionen – ist mit einem hohen Grad an Ungewissheit hinsichtlich ihrer erwarteten Wirkung im Einsatz verknüpft. Unbeschadet aller modernen Simulationen und Erprobungen verbleibt stets ein Unsicherheitsfaktor im Hinblick auf die tatsächliche Wirkung der neuen Kampfmittel.

Das Problem der Ungewissheit und die Dynamiken militärischer Gewalt

Die Unmöglichkeit einer mathematischen Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit der Wirkung militärischen Gewalthandelns muss als ein wesentliches Charakteristikum militärischer Gewalt anerkannt werden. Das Dilemma aller Kriegsplanungen liegt darin, dass der nächste Krieg niemals in allen Details planbar ist und jeder Vorhersage ein Moment an Ungewissheit innewohnt. Alle militärische Planung leitet sich aus den Erfahrungen früherer Einsätze bzw. Übungen und blossen Spekulationen (Szenarien) ab. Gewissheit hat die kriegsführende Partei immer erst im Nachgang praktischer Gewaltanwendung. Jeder Krieg und jeder militärische Einsatz ist immer zugleich Vorgriff auf etwas noch Unbekanntes. Gewissheit besteht lediglich im Hinblick auf das eigentliche Ziel des Einsatzes, die eigene Absicht: die Erringung eines militärischen Sieges über den Gegner.

«Die Unmöglichkeit einer mathematischen Berechenbarkeit und Vorhersehbarkeit der Wirkung militärischen Gewalthandelns muss als ein wesentliches Charakteristikum militärischer Gewalt anerkannt werden. Das Dilemma aller Kriegsplanungen liegt darin, dass der nächste Krieg niemals in allen Details planbar ist und jeder Vorhersage ein Moment an Ungewissheit innewohnt.»

Jeder Vorbereitung auf einen militärischen Einsatz ist die Angst des Versäumens oder Zuspätkommens eingeschrieben. Diese Angst befördert die Dynamik militärischer Gewalteskalation, weil es aus militärischer Perspektive immer auf einen Vorsprung gegenüber dem Gegner ankommt. Aufrüstung und Modernisierungsschübe sind Ausdruck eines solchen Strebens nach Vor-

sprung. Sie vergrössern zugleich die Unsicherheiten innerhalb des Militärs hinsichtlich eines neuen Einsatzes, da Erfahrungswerte und die praktische Erprobung fehlen. Rufe nach Modernisierung der Streitkräfte, nach mehr Waffen, mehr Soldaten etc. befördern ihrerseits Unsicherheiten, ja sie drängen manchmal geradezu auf einen militärischen Einsatz, zumindest zur Erprobung der neuen Technologien in kleinen (begrenzten) Kriegen. Derartige Kleinkriege (oder begrenzte Militäreinsätze) sind in den letzten drei Jahrzehnten zweifellos zu einem Charakteristikum der spätmodernen Gesellschaft geworden, auch wenn Europa von bewaffneten Konflikten weitestgehend verschont geblieben ist.

Begrenzte Kriege sind ein zentrales Thema in den Politik- und Gesellschaftswissenschaften. In diesen Wissenschaftsdisziplinen wurde jedoch über weite Strecken ausgeblendet, dass Kriege und militärische Gewaltanwendung prinzipiell auch auf europäischem Boden möglich sind bzw. europäische Staaten in solche verwickelt werden könnten. Die Wiederentdeckung der Möglichkeit des Krieges – in konventioneller wie atomarer Hinsicht – auf dem europäischen Kontinent ist ein Bewusstwerdungsprozess im Hinblick auf die Risiken und Dynamiken militärischer Gewalt. Dazu zählt vor allem eine Einsicht in die Schwierigkeit der Begrenzung militärischen Gewalthandelns und die Gefahr einer Eskalation. Die Ereignisse in der Ukraine führen uns deutlich vor Augen, dass sich moderne Kriege nicht mehr auf eine rein militärische Konfrontation beschränken lassen. Ein moderner Krieg ist nicht vergleichbar mit einer klassischen Schlachtfeld-Situation, wo staatlich organisierte Armeen sich solange bekämpfen, bis der Sieg errungen ist – und die Bevölkerung erfährt erst danach über den Ausgang des Krieges.

Der moderne Krieg wird ausserhalb des eigentlich Militärischen geführt, d. h. er trifft eher die Zivilbevölkerung als die Soldaten und richtet sich gegen die feindliche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Statistiken über die Veränderung des Anteils von Toten unter den Militärangehörigen im Vergleich zu jenen unter der Zivilbevölkerung im Verlauf von Kriegen werden dabei häufig zur Untermauerung dieser These herangezogen. Umgekehrt wird seitens der Kriegsparteien in den jüngsten Kriegen – so auch in der Ukraine – immer wieder behauptet, dass sich die Gewaltanwendung primär nur gegen militärische Einrichtungen wende. Diese Annahme hat sich nun definitiv als falsch erwiesen.

«Die grosse Gefahr unserer Zeit liegt genau darin, nämlich in einer Rückwendung zur klassischen Moderne bei einer gleichzeitigen Aufgabe des hoffnungsvoll begonnenen Projekts einer friedlichen Postmoderne.»

Unbeschadet der grundsätzlichen Problematik eines Zahlenvergleichs bzw. einer oftmals unmöglichen eindeutigen Zuordnung der getöteten Personen deutet vieles auf weit höhere Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung hin.

Welche Schlussfolgerung lässt sich aus dieser Analyse des Gewaltmoments moderner Gesellschaften im Europa des 21. Jahrhunderts ziehen? Bleibt letztendlich nur eine Rückkehr zur Annahme einer Unvermeidbarkeit des Krieges? Kehren wir zur klassischen Überzeugung zurück, dass in der militärischen Stärke die einzige Garantie für ein Überleben des eigenen Staates bzw. der eigenen Gesellschaft liegt (*si vis pacem, para bellum*)?

Verschiedene Gesellschaftstheorien und politische Leitbilder greifen genau diese Überzeugung von Neuem auf. Ein solches Denken hat den enormen Vorteil, dass es sich auf die lange Geschichte von Kriegen und bewaffneten Konflikten berufen kann. Wer sich einem solchen politischen Denken verschreibt, der sollte sich zugleich darüber bewusst sein, dass auf diese Weise der Krieg aufs Neue fortgeschrieben wird. Die grosse Gefahr unserer Zeit liegt genau darin, nämlich in einer Rückwendung zur klassischen Moderne bei einer gleichzeitigen Aufgabe des hoffnungsvoll begonnenen Projekts einer friedlichen Postmoderne. Vielleicht gibt es aber einen Weg jenseits des Entweder/Oder zwischen Krieg und Frieden. Kritisches Denken und Reflexion im Hinblick auf die (möglichen) Dynamiken und Wirkungen militärischer Gewalt könnten uns helfen, die Wiederentdeckung militärischer Gewalt nicht automatisch zu einer radikalen Rückkehr zur kriegerischen Gewalt zu machen.

Konsequenzen für die Schweiz

Jede überzogene Friedenseuphorie kann leicht in eine übertriebene Kriegshysterie umschlagen. Einen solchen Paradigmenwechsel gilt es auf jeden Fall mit Blick auf die Zukunft Europas zu vermeiden. Fundierte gesellschaftstheoretische wie sicherheitspolitische Analysen und Risikoabwägungen vermögen in dieser Hinsicht wichtige Orientierungsdienste zu leisten. Sie müssen

Handlungsoptionen darlegen und eine sachliche Erörterung der jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Wirkungsfelder und Konsequenzen beinhalten. Eine Warnung muss dabei berücksichtigt werden: Sämtliche Annahmen einer Rationalität sicherheitspolitischen Handelns auf dem Fundament militärischer Gewalt zerbrechen spätestens dort, wo das Sicherheitsparadoxon in den Blick rückt. Auf der einen Seite ruhen zwar auf dem Militär bestimmte gesellschaftliche Sicherheitserwartungen und Ordnungsvorstellungen, denen die Institution naturgemäss durch ein entsprechend umfangreiches Aufgebot an Personal und militärischen Mitteln bestmöglich entsprechen möchte, auf der anderen Seite aber bringt eine ständige Maximierung des militärischen Potentials keineswegs automatisch ein höheres Sicherheitsempfinden und bessere Sicherheitsgarantien. Aus diesem Grund ist es wichtig, solide Bedrohungs- und Risikoanalysen, die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten einer Schädigung durch andere in den Blick nehmen, zur Grundlage politischen Kalküls und Handels zu machen.

Wir müssen uns heute in Europa von überzogenen Friedenshoffnungen und -utopien lösen und stattdessen das unseren modernen Gesellschaften und der internationalen Staatengemeinschaft innewohnende Gewaltpotential ungeschönt in den Blick nehmen. Der Wille zur (staatlichen und gesellschaftlichen) Selbstbehauptung muss weiterhin ein konstitutives Element moderner liberaler Demokratien bilden. Der von Kant angesprochene Zusammenhang von *res publica* und Militärsystem hat selbst mehr als 200 Jahre nach der Veröffentlichung seiner Schrift *«Zum ewigen Frieden»* Gültigkeit. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweiz, insbesondere ihr militärischer Teil, ist weiterhin so zu gestalten, dass selbst im Angesicht des Krieges die Möglichkeit von Frieden erhalten bleibt.

Bündnispolitik und Neutralität sind seit jeher unterschiedliche sicherheitspolitische Optionen eines Staates. Beide Formen haben ihre Vor- und Nachteile; keine Option liefert absolute Sicherheitsgarantien. Die Möglichkeiten und Chancen im Detail mit Blick auf die zukünftige Entwicklung Europas zu prüfen, wird mit grosser Wahrscheinlichkeit in zahlreichen Staaten Europas in den nächsten Jahren zu einer wichtigen politischen Aufgabe. Im Falle der Schweiz macht eine solche Diskussion durchwegs Sinn, vor allem mit Blick

auf die Abklärung ihrer zukünftigen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und der NATO. Die zunehmenden Schwierigkeiten einer Distanzierung im Fall von militärischen (multinationalen) Einsätzen oder im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen machen eine klare Positionierung der Schweiz unumgänglich. Selbst ein Bekenntnis zur bewaffneten Neutralität kommt im Europa des 21. Jahrhunderts nicht darum herum, klare politische Zielvorgaben und Aufgaben- und Funktionszuweisungen für die Schweizer Armee vorzunehmen. Diese sollten durch einen möglichst breiten politischen Konsens abgesichert sein und auf einer umfassenden Akzeptanz der Schweizer Bevölkerung ruhen. Die Wiederentdeckung militärischer Gewalt und die Erfahrung des Krieges auf europäischem Boden macht eine klare politische Positionierung der Schweiz unumgänglich. ◆

Endnoten

1 Einige der hier dargelegten Überlegungen zur kriegerischen/militärischen Gewalt in der Moderne/Spätmoderne habe ich bereits früher an anderer Stelle zur Sprache gebracht und in diversen Schriften diskutiert (siehe die Angaben im Literaturverzeichnis).

Literaturverzeichnis

- Albrow, Martin (1997): *The Global Age. State and Society Beyond Modernity*. Stanford: Stanford University Press.
- Art, Robert J./Waltz, Kenneth N. (Eds.) (2015): *The Use of Force. International Politics and Foreign Policy*, 8th edition. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Bauman, Zygmunt (1997): *Postmodernity and Its Discontents*. New York: New York University Press.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. 24. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1995): *Die feindlose Demokratie. Ausgewählte Aufsätze*. Stuttgart: Reclam.
- Beck, Ulrich (1998): *Was ist Globalisierung?* 4. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (Hg.) (1998): *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brown, Seyon (1992): *International Relations in a Changing Global System. Toward a Theory of the World Polity*. 2nd edition. New York: Routledge.
- Bull, Hedley/Watson, Adam (Eds.) (2016): *The Expansion of International Society*. Oxford: Oxford University Press.

- Buzan, Barry/Waever, Ole/Wilde Jaap de (1998): *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder: Lynne Rienner.
- Cha, Victor D. (2000): *Globalization and the Study of International Security*. In: *Journal of Peace Research*, vol. 37, no. 3, 391–403.
- Collmer, Sabine (Hg.) (2003): *Krieg, Konflikt und Gesellschaft*. Hamburg: Kovac.
- Croft, Stuart/Terriff, Terry (Eds.) (2012): *Critical Reflections on Security and Change*. London-New York: Routledge.
- Demont-Biaggi, Florian (Ed.) (2017): *The Nature of Peace and the Morality of Armed Conflict*. Basingstoke-New York: Palgrave Macmillan.
- Forsythe, David P. (1992): *Democracy, War, and Covert Action*. In: *Journal of Peace Research* vol. 4, 385–395.
- Galtung, Johan (1998): *Die andere Globalisierung. Perspektiven für eine zivilisierte Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert*. Münster: agenda.
- Giddens, Anthony (1990): *The Consequences of Modernity*. Cambridge: Polity Press.
- Held, David, et al. (1999): *Global Transformations. Politics, Economics and Culture*. Stanford: Stanford University Press.
- Höffe, Otfried (2002): *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*. München: Beck.
- Huntington, Samuel P. (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster.
- Hüppauf, Bernd-Rüdiger (Ed.) (1997): *War, Violence and Modern Condition*. Berlin: W. de Gruyter.
- Joas, Hans (2003): *War and Modernity*. Cambridge: Polity Press.
- Jung, Dietrich (1995): *Tradition – Moderne – Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext globaler Vergesellschaftung*. Münster: Lit.
- Kaldor, Mary (2007): *New and Old Wars: Organised Violence in a Global Era*. 2nd edition. Stanford: Stanford University Press.
- Kernic, Franz (2001): *Sozialwissenschaften und Militär. Eine kritische Analyse*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Kernic, Franz (2003): *Konflikte in der Weltgesellschaft: Fragen globaler Sicherheit im Lichte der Globalisierung und gesellschaftlicher Transformationsprozesse der Gegenwart*. In: Collmer, Sabine (Hg.): *Krieg, Konflikt und Gesellschaft*. Hamburg: Kovac, 19–40.
- Kernic, Franz (2003): *Kritik der militärischen Gewalt*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Kernic, Franz (2017): *Pax Kantiana and Res Militaris. Kant's Views on Peace, War and Military Affairs Revisited*. In: Demont-Biaggi Florian (Ed.): *The Nature of Peace and the Morality of Armed Conflict*. Basingstoke-New York: Palgrave Macmillan, 39–61.
- Kernic, Franz (2003): *Über die kriegerische Gewalt in der Spätmoderne. Militär, Kriege und gewaltsame Konfliktaustragung in der Weltgesellschaft*. In: Kümmel, Gerhard/Collmer, Sabine (Hg.): *Soldat – Militär – Politik – Gesellschaft. Facetten militärbezogener sozialwissenschaftlicher Forschung*. Baden-Baden: Nomos, 127–140.
- Knöbl, Wolfgang/Schmidt, Gunnar (2000): *Die Gegenwart des Krieges: Staatliche Gewalt in der Moderne*. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Kümmel, Gerhard/Collmer, Sabine (Hg.) (2003): *Soldat – Militär – Politik – Gesellschaft. Facetten militärbezogener sozialwissenschaftlicher Forschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Lawrence, Philip K. (1997): *Modernity and War: The Creed of Absolute Violence*. Houndsmills-London: Macmillan.
- Malešević, Siniša (2010): *The Sociology of War and Violence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Messner, Dirk (Hg.) (1998): *Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft*. Bonn.
- Meyer, John W. et al. (1997): *World Society and the Nation-State*. In: *American Journal of Sociology* 103, 144–181.
- Moltmann, Bernhard/Senghaas-Knobloch Eva (Hg.) (1989): *Konflikte in der Weltgesellschaft und Friedensstrategien*. Baden-Baden: Nomos.
- Münch, Richard (1998): *Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*. 2nd edition. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Münkler, Herfried (2005): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Berlin: Rowohlt.
- Robertson, Roland (2000): *Globalization: Social Theory and Global Culture*. Reprint. London: SAGE.
- Schorb, Holger (2001): *Globalisierung – Entgrenzung von Politik? Politische Anpassung an ökonomische Globalisierung*. Stuttgart: Ibidem-Verlag.
- Shaw, Martin (2003): *War and Genocide. Organized Killing in Modern Society*. Cambridge: Polity Press.
- Siegelberg, Jens (1994): *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*. Münster: Lit.
- Tiryakian, Edward A. (1999): *War: The Covered Side of Modernity*. In: *International Sociology*, vol. 14, no. 4, 473–489.